

VON JÜRIG MEIER
UND ALICE CHALUPNY

KLOTEN Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt empfängt in seinem bescheidenen Büro, das er beim Zürcher Flughafen gemietet hat. Der 53-Jährige ist Präsident und Mitbesitzer des Winterthurer Industriebetriebs Burckhardt Compression. 2002 hatte er mit Verbündeten den angeschlagenen Betrieb aus dem Sulzer-Konzern herausgekauft und zu neuer Blüte geführt. Wie hieb- und stichfest sind seine Argumente gegen die Mindestlohninitiative?

Wie viele Ihrer Angestellten verdienen weniger als 22 Franken pro Stunde?

Einige wenige.

Ihr Betrieb floriert. Sie könnten diese Löhne locker erhöhen.

Wie in jedem Betrieb, der seine soziale Verantwortung wahrnimmt, beschäftigen auch wir einige Angestellte, deren Leistung oder deren Bildungsstand eigentlich nicht den Anforderungen entsprechen. Wir bieten diesen Menschen eine Perspektive, auch wenn der Betreuungsaufwand zum Teil hoch ist.

Wenn die Mindestlohninitiative am 18. Mai angenommen wird, müssen Sie auch diesen Angestellten 4000 Franken überweisen. Was dann?

Dann steigt der Druck, genau diese Leute zu entlassen, die wir eigentlich schützen wollen. Bei Burckhardt Compression wären die Auswirkungen vergleichsweise gering. Bei andern Unternehmen, wo ich die Verhältnisse aus meiner Tätigkeit als Verwaltungsrat gut kenne, wird vieles noch in Handarbeit hergestellt. Steigen die Löhne, würde weiter rationalisiert, Arbeitsplätze würden durch Maschinen ersetzt.

In den meisten Fällen betrüge die Lohnerhöhung nur wenige Hundert Franken pro Monat.

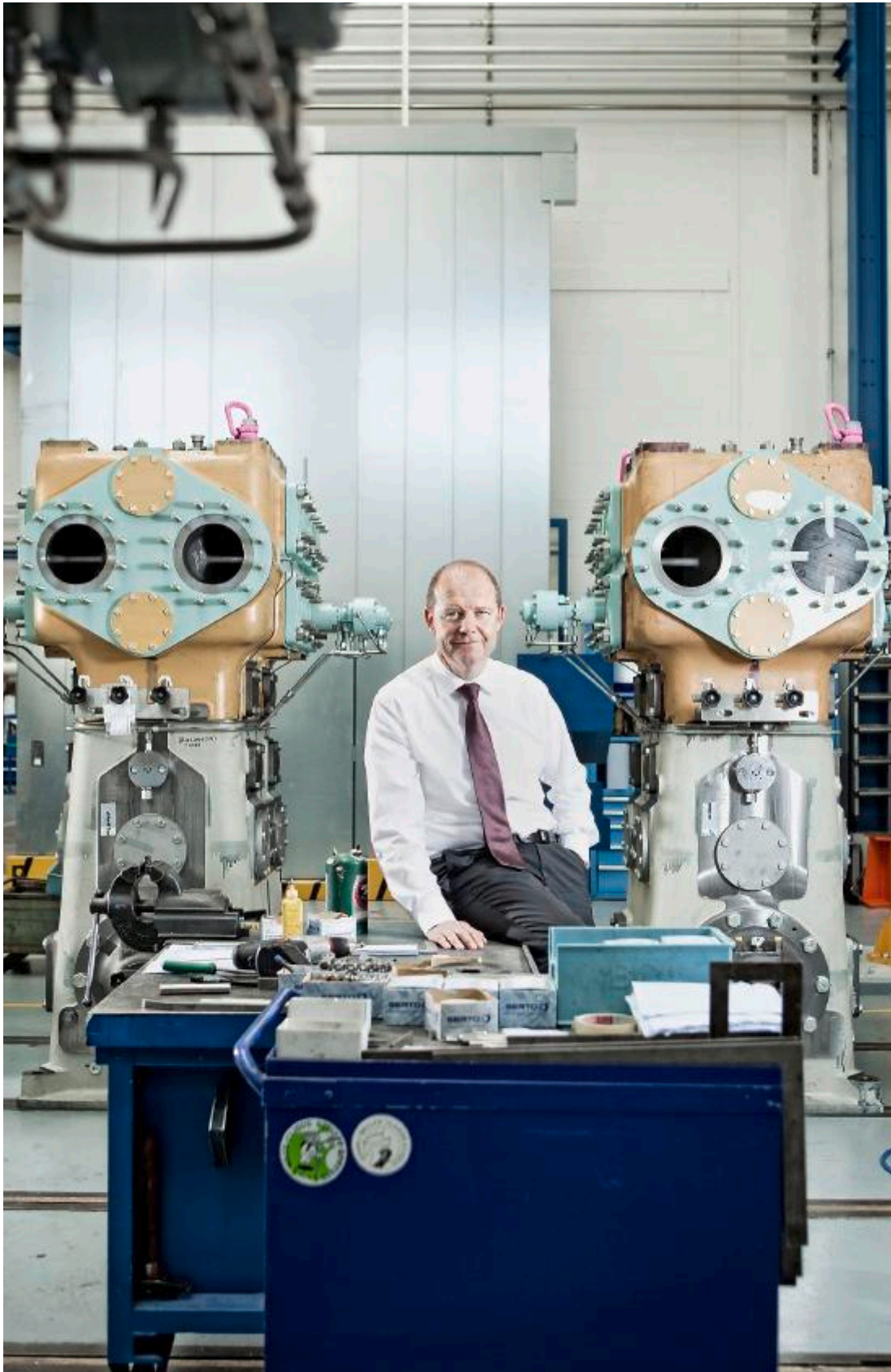
Wo liegt das Problem?

In der Schweiz gibt es etwa 320 000 Menschen, die weniger als 4000 Franken im Monat verdienen. Rund 60 000 von ihnen arbeiten über eine längere Zeit zu diesen Löhnen. Beim Rest ist die Situation anders: Häufig sind es Berufseinsteiger, die sich weiterbilden, aufsteigen, die Stelle wechseln und schnell mehr verdienen. Ist es nun sinnvoll, die ganze Gruppe von 320 000 Leuten mit der Giesskanne zu unterstützen? Oder helfen wir nicht besser gezielt den 60 000 Mitarbeitenden, die es am schwersten haben?

Laut den Initianten würde die Einführung eines Mindestlohnes nur 1,6 Milliarden Franken kosten. Das ist Peanuts.

Das ist alles andere als Peanuts. In vielen Branchen, in denen Löhne von weniger als 4000 Franken pro Monat bezahlt werden, liegt einfach nicht mehr drin. Nehmen Sie die Gemüsebauern. Wenn die Initiative durchkommt, wird ein beachtlicher Teil von ihnen aufgeben müssen, weil sie zu diesen Kosten nicht mehr produzieren können. Wir Konsumenten sind ja nicht bereit, im Laden mehr für einen Salatkopf zu zahlen. Dann wird halt mehr Salat aus dem Ausland importiert, wo die Erntehelfer zu niedrigeren Löhnen arbeiten.

Man kann für Erntehelfer eine gesetzliche Ausnahme machen. Das ist keine gute Idee. Am Schluss gibt es dann hundert Ausnahmen – für Start-up-Angestellte, für Einsteiger, für Praktikanten und so weiter. Klar ist: Die Initiative öffnet der Schwarzarbeit Tür und Tor. Und sie wird in unserem Land Stellen kosten. Es gibt keine wissenschaftliche Studie, die belegt, dass die Ein-



Valentin Vogt in seiner Burckhardt Compression: «Steigen die Löhne, wird weiter rationalisiert» FOTO: PIXSIL

«Die Initiative öffnet der Schwarzarbeit Tür und Tor»

Arbeitgeberpräsident **Valentin Vogt** über Mindestlöhne, Salatköpfe und Arbeitsplätze für Schulabgänger

führung eines Mindestlohnes Jobs vernichtet.

Das stimmt nicht. Mindestlöhne in der Höhe von monatlich 4000 Franken haben einen negativen Einfluss auf die Beschäftigungslage. Das hat sogar Daniel Lampart nachgewiesen, der heute Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist. Er verfasste eine entsprechende Studie, als er noch bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich war.

Das Stimmvolk nimmt die ewigen Drohungen der Wirtschaftsverbände nicht mehr ernst. Die Minder-Initiative wurde angenommen, passiert ist nichts. Die Einwanderungsinitiative wurde angenommen, und trotzdem sind die Wachstumsaussichten hervorragend. Das Thema Standortvorteile ist vielschichtig. Die Leute meinen

immer, es gebe nach einer Abstimmung gleich einen Knall. Aber so läuft das in der Realität nicht ab.

Wie denn?

Die Veränderungen passieren langsam. Das wäre auch beim Mindestlohn so. Personalabgänge würden nicht mehr ersetzt, die Arbeit müsste auf weniger Leute verteilt werden. Die Preise für Produkte und Dienstleistungen würden erhöht. Der Konsument trinkt dann halt nur noch einen Kaffee statt zwei. Er geht statt sieben- noch fünfmal pro Jahr zum Coiffeur. Geschieht das auf breiter Front, gehen diese Arbeitsplätze schleichend verloren. Wissen Sie, wie viel teurer ein Coiffeurbesuch werden würde?

Nein.

Um knapp 20 Prozent. 70 statt 60 Franken für einen Neuschchnitt. Ein angestellter Coiffeur muss 2,8-mal seinen Lohn erwirtschaften.

Steigt der Lohn, hat auch der Umsatz zu wachsen. Entweder arbeitet der Coiffeur länger oder der Haarschnitt wird teurer.

Und schon drohen Sie wieder.

Nein, das ist nicht als Drohung gemeint. Es geht darum, die Stimmbürger über mögliche Konsequenzen zu informieren.

Eine Kellnerin schuftet bis zum Umfallen und hat Ende Monat doch nur 3700 Franken auf dem Konto. Das ist ein Problem.

Die Arbeitgeber in diesen Branchen sind doch keine Unmenschen. Der Besitzer des Coiffeurladens und der Wirt verdienen nicht Millionen. Sie bezahlen diese Löhne, weil ihre Margen tief sind. Es liegt einfach nicht mehr drin.

Was ist mit Lehrabgängern, die zu Tiefstlöhnen arbeiten? Ich sehe bei den Jungen ein ganz anderes Problem. Was für eine Motivation haben Schulabgänger

noch, eine Lehre zu machen, wenn sie auf Anhieb 4000 Franken bekommen? In diesem Alter ist das viel Geld. Dann können zwei 15-Jährige nach der Sekundarschule eine WG gründen und zusammen 8000 Franken verdienen. Das duale Bildungssystem würde mit einem Mindestlohn weiter geschwächt.

Ein Mindestlohn würde zum Beispiel im Tessin dafür sorgen, dass der längst fällige Strukturwandel beschleunigt wird und die skandalösen Billigjobs verschwinden.

Die Schweizer Wirtschaft steckt seit 150 Jahren in einem Strukturwandel. Die Textilindustrie zum Beispiel hatte im 19. Jahrhundert 400 000 Beschäftigte, heute sind es noch rund 25 000. Dafür sind in andern Teilen der Wirtschaft Hunderttausende Arbeitsplätze entstanden. Dieser Wandel hat ohne gesetzlichen Mindestlohn stattgefunden – und zwar so, dass wir nie ein grosses Problem mit der Arbeitslosigkeit hatten.

Die Wirtschaft argumentiert, dass Gesamtarbeitsverträge die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes unnötig machen. Diese decken aber nicht einmal die Hälfte aller Arbeitnehmer ab.

Es ist alles eine Frage der Zeit. Heute gibt es in der Schweiz rund 600 Gesamtarbeitsverträge. Vor zehn Jahren waren es erst 480. Das sind 500 000 Angestellte mehr, die heute unter einem GAV arbeiten. Die Sozialpartnerschaft lässt sich nicht befehlen, sie muss sich entwickeln. Dennoch versuchen die Gewerkschaften, sie zu erzwingen. Sie wollen Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge per Gesetz durchboxen. Das ist der falsche Weg.

Die Gewerkschaften nutzen nur die Gunst der Stunde.

Die Wirtschaft ist geschwächt, weil sie beim Volk ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat.

Das sehe ich nicht so. Ich erinnere daran, dass wir die Abstimmungen gegen sechs Wochen Ferien und gegen Löhne im Verhältnis 1:12 gewonnen haben. Das Schweizer Volk hat bei vielen wirtschaftlichen Vorlagen ein gutes Gespür.

Die Minder- und die Zuwanderungsinitiative haben Sie verloren.

So dramatisch, wie Sie das schildern, ist die Situation nicht. Was stimmt: Gewisse Firmen und Einzelpersonen haben dem Ansehen der Wirtschaft stark geschadet. Das Vertrauen in die Wirtschaft ging in der Bevölkerung ein Stück weit verloren. Dieses wieder aufzubauen, braucht Zeit und Demut.

Wie würde sich die Zuwanderungsinitiative mit einem flächendeckenden Mindestlohn vertragen?

Wenn die Schweiz den höchsten Mindestlohn der Welt einführt, werden sicher nicht weniger Menschen in das Land der Hoffnung einreisen wollen. Ein hoher Mindestlohn zieht vor allem Unqualifizierte an. Das ist das Gegenteil von dem, was die Zuwanderungsinitiative erreichen will.

Haben Sie als Arbeitgeberpräsident den Angestellten denn gar nichts anzubieten?

Sie meinen, einen Gegenvorschlag? Einen gesetzlichen Mindestlohn von 3500 Franken oder so? Nein, auf einen Kuhhandel lassen wir Arbeitgeber uns nicht ein. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Mindestlöhne, diese müssen aber von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den entsprechenden Branchen ausgehandelt und nicht vom Gesetzgeber bestimmt werden.

Ackermann verlässt Shell

Ex-Banker gibt noch ein VR-Mandat ab

DEN HAAG/ZÜRICH Josef Ackermann trennt sich von einem weiteren Mandat als Verwaltungsrat (VR). Der 66-jährige Schweizer und ehemalige Chef der Deutschen Bank steht beim Energieriesen Shell nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung. Ackermann bestätigt gegenüber der Sonntagszeitung eine Meldung des «Spiegels». Die Shell-Generalversammlung findet am 20. Mai statt.

Seit verganginem Jahr gibt Ackermann ein VR-Mandat nach dem anderen ab. Im August räumte er über Nacht seinen Sessel als VR-Präsident des Versicherungskonzerns Zurich. Dies, nachdem Finanzchef Pierre Wauthier tot in seinem Haus am Zugersee aufgefunden worden war. In einem Abschiedsbrief hatte Wauthier schwere Vorwürfe gegen Ackermann erhoben.



Josef Ackermann: Schnelle Wechsel als VR FOTO: KEY

Kurz danach trat der Ex-Banker beim Industriekonzern Siemens zurück. Dort hatte er sich mit VR-Präsident Gerhard Cromme überworfen, der Siemens-Chef Peter Löscher unsanft auf die Strasse gesetzt hatte. Neu hinzugekommen ist im Februar das Verwaltungsratsmandat bei Renova, der Beteiligungsgesellschaft des russischen Oligarchen Viktor Vekselberg. Zudem sitzt Ackermann in Kontrollgremien zweier Beteiligungsfirmen der schwedischen Unternehmerrdynastie Wallenberg und berät die türkische Akbank. ALICE CHALUPNY

Geldwäscherei: Fragwürdige Konferenz

BERN Ausgerechnet in Moskau soll vom 16. bis zum 20. Juni eine Konferenz über Geldwäschereibekämpfung stattfinden: Es handelt sich dabei um die Plenarsitzung der Financial Action Task Force (FATF) – des international führenden Gremiums zur Geldwäschereibekämpfung. Die Schweiz ist Mitglied.

Als Reaktion auf die Annexion der Krim haben die USA und die EU 33 Russen auf eine Sanktionsliste gesetzt. Ihnen wird zum Teil Korruption und Geldwäscherei vorgeworfen. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sitzung unter diesen Umständen in der geplanten Form stattfinden kann», sagt Mark van Thiel, Schweizer Geldwäscherei-Experte.

Offenbar wird ein Boykott unter den FATF-Mitgliedern diskutiert. Die deutsche Bundesregierung werde die Lage beobachten und «dann über eine Teilnahme entscheiden», erfährt man dort. Das Schweizer Staatssekretariat für internationale Finanzfragen sagt, dass noch alles offen sei. CATHERINE BOSS